

25/SN-276/ME von 6



REPUBLIK ÖSTERREICH

Volksanwaltschaft

Die Vorsitzende

VA 255/1/90

Wien, am 6. März 1990

1015, Singerstraße 17  
Postfach 20  
Telefon 515 05-0An das  
Präsidium des NationalratesParlament  
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z	6 - GE 9/90
Datum:	8. MRZ. 1990
Verteilt:	12.3.90 Ho

Betrifft: Entwurf eines Bundesverfassungs-  
gesetzes; Bodenreform und Verkehr  
mit Baugrundstücken -  
Stellungnahme der Volksanwaltschaft

Dr. Obizzo

Die Volksanwaltschaft beehrt sich, 25 Exemplare  
der ho. Stellungnahme zu übermitteln.

Die Vorsitzende:

Beilagen

Hofrat Mag. MESSNER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH

Volksanwaltschaft

Die Vorsitzende

VA 255/1/90

Wien, am 6. März 1990

1015, Singerstraße 17  
Postfach 20  
Telefon 515 05-0An das  
BundeskanzleramtBallhausplatz 2  
1014 W i e n

zu GZ. 601.999/17-V/1/89

Betrifft: Entwurf eines Bundesverfassungs-  
gesetzes; Bodenreform und Verkehr  
mit Baugrundstücken -  
Stellungnahme der Volksanwaltschaft

Die Volksanwaltschaft gibt zum gegenständlichen Gesetzes-  
entwurf folgende Stellungnahme ab:

Der vorliegende Entwurf des Bundeskanzleramtes bezieht  
sich einerseits auf den Verkehr mit Baugrundstücken,  
andererseits auf das Verfahren im Zusammenhang  
mit Bodenreformaßnahmen.

Der Volksanwaltschaft erscheint die Übertragung der  
Kompetenz für die Bodenreform in den selbständigen  
Wirkungsbereich der Länder und die damit verbundene  
Einschränkung des Rechtsschutzes für die Betroffenen  
nicht unbedenklich (Artikel I Ziff. 2-4, Artikel III, VI).  
Sie geht dabei von Überlegungen aus, mit denen sie sich  
u.a. in ihrem Zehnten Bericht an den Nationalrat (Be-  
richtszeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember 1986) auf-  
grund zahlreicher Beschwerden, die in den Berichten  
an die jeweiligen Landtage behandelt wurden, befaßt  
hatte. In diesem Bericht wurden grundsätzliche Fragen  
der Bodenreform aus materiell-rechtlicher und ver-  
fahrensrechtlicher Sicht unter Berücksichtigung der  
organisatorischen Probleme behandelt.

- 2 -

Aus der Sicht der Volksanwaltschaft ergeben sich im einzelnen folgende Problemstellungen:

1. Lange Verfahrensdauer in den einzelnen Instanzen, vor allem aber bei der nachprüfenden Rechtmäßigkeitskontrolle durch den Verwaltungsgerichtshof;
2. Starke emotionelle Belastung insbesondere der erstinstanzlichen Verfahren vor der Agrarbezirksbehörde nicht zuletzt aufgrund der häufig vorhandenen Interessenskonflikte zwischen den in die Zusammenlegungsgemeinschaft entsandten Vertretern und anderen betroffenen Grundeigentümern;
3. Die Entscheidungen der Unterinstanzen werden vielfach nicht akzeptiert.

Die Reformvorschläge der Volksanwaltschaft im Zehnten Bericht an den Nationalrat stellten die kompetenzrechtlichen Gegebenheiten nicht in Frage, enthielten aber die Anregung, in organisatorischer Hinsicht die Möglichkeit der Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes zu beseitigen, die zweite Behördenstufe entsprechend der Organisation der Agrarbezirksbehörden monokratisch zu strukturieren sowie anstelle des Obersten Agrarsenates eine Sondergerichtsbarkeit unter Beibehaltung der gemischten Senate aus Juristen und Technikern einzurichten, die mit voller Kognition auszustatten wäre. Diese Überlegungen der Volksanwaltschaft waren vor allem dadurch bestimmt, daß - wie dies auch von Länderseite nicht bestritten wird - die meritorischen Entscheidungen des Obersten Agrarsenates mehr Akzeptanz als die kassatorischen Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes finden, zumal damit eine weitere zeitliche Verschiebung

- 3 -

des Verfahrensablaufes bedingt ist. Zu Recht wird daher von Lang, Tiroler Agrarrecht I, 1989 darauf hingewiesen, daß die "gemischte" Zusammensetzung des Obersten Agrarsenates viel zukunftsorientierter im Sinne raumrelevanter Problemlösungen ist.

Dieses verfassungsgesetzlich festgelegte Konzept soll jetzt durch die beabsichtigte Verlängerung der Bodenreform aufgegeben werden. Zum Argument einer besseren Abstimmung auf die Gegebenheiten der Länder gibt die Volksanwaltschaft zu bedenken, daß bereits bisher die Länder in der Lage waren, ihre landesspezifischen Eigenheiten der Agrarstruktur zu berücksichtigen sowie auf einen allfälligen Strukturwechsel der Landwirtschaft reagieren zu können, zumal sich die Bundeskompetenz auf die Erlassung von Grundsätzen beschränkt hat und die Vollziehung bei den Ländern liegt.

Bedenklich erscheint der Volksanwaltschaft vor allem, daß mit der Aufgabe jeglicher Bundeskompetenz auf einen Bereich verzichtet wird, der eng mit dem Schutz der Umwelt und den Interessen einer ökologischen Bewirtschaftung verbunden ist, aber auch massiv in zivilrechtliche Rechtsverhältnisse eingreift und im Wege der agrarbehördlichen Kompetenzkonzentration eine flächendeckende Entscheidung ermöglicht.

Im wesentlichen dürften gerade derartige Interessen für den Bereich des landwirtschaftlichen Betriebsmittelwesens offenbar Anlaß für eine Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes sein.

Ein ganz entscheidender Schwerpunkt der Bedenken der Volksanwaltschaft gegen die beabsichtigte Neuregelung ist aber die damit verbundene Verschlechterung der Rechtsposition der einzelnen von bodenreformatorischen Maßnahmen Betroffenen.

- 4 -

Während bisher in den wesentlichen Fällen einer Beschwerde ein Rechtsmittelzug gegen die Entscheidungen der als tribunal im Sinne des Art. 6 MRK konstruierten Landesagrarsenate an den Obersten Agrarsenat (mit meritorischer Entscheidungskompetenz) zur Verfügung steht, würde dieser Rechtsschutz in Hinkunft wegfallen. Damit wird nicht nur ein Instrument der Kontrolle einer gleichförmigen Vollzugspraxis in allen Bundesländern beseitigt, sondern auch eine Ungleichstellung gegenüber gleichartigen Rechtsbeziehungen geschaffen, die außerhalb eines Kommissierungsverfahrens unter Anwendung des Zivilrechtes im ordentlichen Gerichtsverfahren zu klären bzw. zu erstreiten wären und für die der volle gerichtliche Instanzenzug zur Verfügung steht. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß die Agrarbehörden auch über Angelegenheiten des Zivilrechtes zu entscheiden haben, weswegen die betroffenen Parteien hinsichtlich des Rechtsmittelzuges nicht ungünstiger gestellt sein sollten als in einem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten.

Die vielschichtigen Angelegenheiten der Bodenreform wie der Flurbereinigung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke, die Herstellung der Ordnung der rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse an Agrargemeinschaften, Einforstungs- und Bringungsrechte, das landwirtschaftliche Siedlungswesen und der Alpenschutz bedürfen bundesweit geltender gemeinsamer Grundsätze, welchen Anforderungen auch weisungsfreie Tribunale auf Landesebene in Form von neugestalteten Landesagrarsenaten schwerlich gerecht werden.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß von den Agrarbehörden erster und zweiter Instanz als Landesbehörden im Rahmen der Kompetenzkonzentration vielfach auch Angelegenheiten entschieden werden müssen, die durch ihre Bedeutung für das betreffende Land zu vielfältigen Inter-

- 5 -

essenskonflikten bei der Wahrnehmung der Interessen des Bundes führen, sodaß es nach Ansicht der Volksanwaltschaft zweckmäßig erschiene, hierüber letztlich eine außerhalb des Landes stehende und lokalen Einflüssen nicht ausgesetzte Behörde entscheiden zu lassen.

25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Die Vorsitzende:

Hofrat Mag. MESSNER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

